

Anfrage der AfD-Ratsfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.06.2026

Hier: Geplante Einrichtung eines Drogenkonsumraums in der Eisenstraße 49

Frage 1:

Welche konkreten Erkenntnisse und Risikoabschätzungen liegen der Verwaltung inzwischen zu den Auswirkungen eines Drogenkonsumraums am Standort Eisenstraße 49 auf Kinder, Jugendliche, Schulen, Schulwege und das unmittelbare Wohnumfeld vor?

Antwort:

Bei der Standortbewertung wurden die bestehende Situation im Umfeld, die Nähe zu Schulen sowie mögliche Auswirkungen auf Anwohnende berücksichtigt; dabei ist Ziel des geplanten Hilfezentrums, bestehende Belastungen durch öffentlichen Konsum und Aufenthalt im Bahnhofsumfeld durch ein strukturiertes Hilfeangebot besser zu steuern und Belastungen im öffentlichen Raum zu reduzieren.

Die betroffenen Fachbereiche sowie Schulen im Umfeld wurden beziehungsweise werden in die weiteren Planungen eingebunden.

Frage 2:

Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um negative Auswirkungen auf das Wohnumfeld, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, zu verhindern oder zu minimieren?

Antwort:

Vorgesehen ist kein isolierter Drogenkonsumraum, sondern ein umfassendes Hilfezentrum mit Tagesaufenthalt, Tagesruhebetten sowie medizinischen, psychiatrischen und psychosozialen Angeboten; ergänzend werden ein Sicherheitskonzept, geregelte Betriebsabläufe, Security, Umfeldmanagement sowie die enge Zusammenarbeit mit Ordnungsamt und Polizei umgesetzt.

Frage 3:

Welche Erfahrungen aus vergleichbaren Einrichtungen in anderen Städten wurden ausgewertet und welche Schlussfolgerungen wurden daraus für das Düsseldorfer Projekt gezogen?

Antwort:

Neben den langjährigen Erfahrungen des bestehenden Düsseldorfer Drogenkonsumraums wurden Erfahrungen anderer Großstädte sowie internationale Ansätze ausgewertet. Eine wesentliche Schlussfolgerung ist, dass niedrigschwellige Hilfen möglichst gut erreichbar sein und in ein umfassendes Hilfesystem mit medizinischen, sozialen und ordnungsbezogenen Maßnahmen eingebettet werden müssen.

Es wird in diesem Zusammenhang auch auf den Austausch mit der Stadt Zürich verwiesen (siehe auch die Vorträge aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales vom 19.05.2026; TOP 4.1 und 4.2). Hier wurden dem Gremium Erfahrungen einer anderen Großstadt umfassend präsentiert.